Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD-Fraktion Kreis Kaiserslautern

An Landrat
Ralf Leßmeister

Antrag der SPD-Fraktion
Hier: Informationen zum Tagesordnungspunkt 12

Sehr geehrter Herr Landrat, lieber Ralf,

die SPD-Fraktion hat zum TOP 12 eingehend beraten. Bevor ich auf den Antrag der SPD-Fraktion eingehe möchte ich kurz auf die Inhalte des Tagesordnungspunkts eingehen.

Wir unterstützen die Kreisverwaltung beim Bestreben die verschiedenen Fachbereiche der Abteilung 4- Jugend und Soziales in einem Haus zusammenzuführen. Für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern und auch für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung selbst sind geeignete Einzel- oder Doppelbüros unabdingbar. Dies ist auch schon aus datenschutzrechtlichen Aspekten notwendig. Die Vorteile für eine verbesserte Infrastruktur, die Sicherheitsaspekte sowie Verbesserungen bei den Sozial- und Lageräumen werden von uns genauso gesehen.

Wir haben aber wegen der sehr hohen Mietkosten und den Bezug zu einer 10-jährigen Vertragsbindung erhebliche Bedenken. Einer Vertragsbindung für einen Übergang von 5 Jahren könnten wir uns anschließen.
Die Nichtnennung des zukünftigen Vermieters halten wir ebenso für bedenklich.

Um eine sachgerechte Entscheidung treffen zu können, bitten wir daher darum, dass folgende Informationen an die Fraktionen weitergegeben werden:

1.) Wer ist der Vertragspartner für den Kreis (Vermieter)?
2.) Wir bitten um Vorlage des Raumbedarfsplan. Wieviel Quadratmeter Bürofläche und Nebenräume bzw welche Anzahl an Büros, Besprechungs- und Nebenräume werden benötigt.
3.) Wie ist ein möglicher Mietvertrag gestaltet?
4.) Was kommt noch an geschätzten Betriebs- bzw. Nebenkosten dazu?
5.) In welchem Jahr ist das Gebäude gebaut und wie ist der energetische Standard?
6.) Wie hoch ist die bisherige Miete für die bisher genutzten Räume der Abt. 4?

Nach einer ersten überschlägigen Rechnung von uns scheinen die 332.000 Euro viel zu hoch zu sein. Damit könnte man relativ gut einen Neubau mit dem besten energetischen und technischen Standards realisieren und damit gerade unserem Klimaschutzgedanken

Rechnung tragen. Hinzu kommt die Chance, dass man ein Gebäude für diese Abteilung direkt im kreisangehörigen Raum bauen könnte.

Wir stellen daher folgenden Antrag:
Wir beantragen eine überschlägige Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzulegen, ob ein Neubau, der Kauf der Rummelstraße oder die Anmietung der günstigste Weg ist.
Wir bitten dabei einen Finanzierungszeitraum für 20 bz.w 30 Jahre zu Grunde zu legen.

Hintergrund:
Der Kreis hat nur noch wenige Einsparpotentiale um die Ortsgemeinden zu entlasten. Wir können nicht auf der einen Seite Klage einreichen, weil die Finanzausstattung zu gering ist und auf der anderen Seite haben wir nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um im Sinne unserer Ortsgemeinden laufende Kosten für Miete und Betrieb zu optimieren.

Viele Grüße
Harald Westrich